

Platz da! – Aber für wen?

Am Mittwoch den 08. Dezember wurde das „**Platz Da!**“-Konzept der Presse und dem Hauptausschuss der SVV durch OBM Schubert, Altbischof Huber (SGP) und der RZ-Managerin Engel vorgestellt. Das Papier ist der Abschluss der Phase 2 des Vier-Stufen-Plans, den die Stadtverordneten letztes Jahr beschlossen hatten.

Platz da für ein Haus der Demokratie.

Neben aller Euphorie bei den Einen und dem Frust bei Anderen, stellen Tageszeitungen schon mal voreilig fest, dass der Konflikt um die Garnisonkirche gelöst sei. Aber: **Dieses Papier ist vieles, aber nicht das Ende der Debatte!** Es ist einfach genug ein neuer Anfang für die 3. Phase eines Teil-Diskurses. Und zwar für den Teil, den das Rechenzentrum und das Kirchenschiff betrifft.

Nicht für den Turm, dem militanten, gotteslästernden Symbol der alten Preußenkulisse.

Was von der Idee des Hauses der Demokratie in einem Gebäude in Holzbauweise bleibt, werden die nächsten Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung zeigen. **Wenn ein Raumkonzept steht, wenn ein Finanzkonzept steht, wenn ein Zeitplan steht und ein architektonischer Entwurf auf dem Tisch liegt, DANN** kann beurteilt werden, was der jetzige Vorschlag für die Stadtgesellschaft und die Menschen aus dem Kunst- und Kreativhaus wirklich bedeutet. Bis dato wir noch viel Zeit vergehen.

Und es wird viel Kraft brauchen, Vereinnahmungen zu widerstehen oder falsche Kompromisse zu akzeptieren.

Als aktueller Gewinner des Vorschlages kann nur die Stiftung Garnisonkirche gelten. Die Umsetzung von „Platz Da!“ schafft eine **Finanzierungsgrundlage für die Stiftung Garnisonkirche** über 50 Jahre und eine Chance die drohende Zahlungsunfähigkeit

abzuwenden. Die unregelmäßigen Berichte über Spendeneinnahmen lassen vermuten, dass die jährlichen Ausgaben für PR und Personal deutlich höher sind als die Einnahmen. Absurd bei der angedachten Grundstückspachtung ist, dass das Grundstück der Stadt gehörte. Sie hat dieses verschenkt und pachtet es nun zurück. Pauschal betrachtet baut die Stadt der Stiftung eine Adaption eines Schiffes, nachdem der Staat den Turm ermöglicht hat. Die Pachtzahlungen der Stadt stärken die Stiftung Garnisonkirche. Sie hätte zukünftig regelmäßige Einnahmen, die sie für den Betrieb des Turmes nutzen kann, da dieser sich nicht alleinig durch die Einnahmen der Aussichtsplattform tragen wird. Die öffentliche Hand gleicht dann den defizitären Betrieb des Turmes aus, nachdem dieser schon mehrheitlich durch öffentliche Gelder erbaut wurde.

Die aktuell **zur Schau gestellte „Selbstrücknahme“ der Stiftung** ist nichts anders, als die Einsicht in die Nichtumsetzbarkeit ihrer ursprünglichen Ziele und ganz profanes wirtschaftliches und imagepflegendes Kalkül. Die mehrheitlich alten grauen Männer der Stiftung und der Fördergesellschaft erleben das Ende des Pachtvertrages nicht mehr. Sie hätten aber auch nie das historische Schiff erlebt. Lediglich eine Brache hinter dem Turm. Eine Brache, auf der nicht nur der lange Schatten des Turmes, sondern auch der ihres Scheiterns fallen würde.

So können sie sich wenigstens als kompromissfähige, weltoffene Gesellen präsentieren. Mit **Demokratiefähigkeit** – wie Herr Huber behauptet, mit **Versöhnung** – wie es im Konzept der Stiftung steht – hat das alles nichts zu tun.

Mehr Geld vom Bund ist mit der neuen Regierung nicht zu erwarten. **Den Turm fertig zu bekommen, wird schwierig genug.** Die Debatten um die Spenden für das Berliner Stadtschloss und ihre neue wie alten Rechten Gönner, macht die Zukunft nicht leichter. Das Schiff war immer – nicht nur ein finanzieller – (Alp)Traum. **Eine echte Nutzungsidee gab es nie.** Allerdings geht der Verzicht auf das Schiff mit der Abkehr einiger Kirchenfans einher. Der finanzwirtschaftlich gut kalkulierte

Schachzug, dass Grundstück an die Stadt zu verpachten macht deutlich, **dass die Stiftung sich ihr Scheitern, zumindest anteilig, eingesteht.** Den Spender*innen hat sie gern die konservative Fassade geboten, der Politik das versöhnliche, gottgefällige Grinsen. Sie versuchte das stramm rechte Projekt gesellschaftstauglich zu machen. Jetzt gelingt es ihr sogar, die Stadt – gegen alle bisherigen Voten des Bürgerinnenhaushaltes und der SVV – auch noch an der Finanzierung des Wiederaufbauprojektes zu beteiligen. Clever, aber auch beliebig. Somit gehen immer mehr Unterstützer*innen von der Leine.

Den eines ist schon seit vielen Jahren klar. Kaum jemand hat für ein Versöhnungszentrum gespendet. Der Hauptgrund ist die städtebauliche Kulisse**. Und die soll nun gestört werden. Einerseits durch den Erhalt des Rechenzentrums, andererseits durch einen Holzbau. Für oberflächliche Zeitgenoss*innen eine Katastrophe. Für Menschen, die sich für eine Stadt für alle einsetzen, eine nette Idee der Wiedergutmachung, für die vielen Sünden des bisherigen Abrisswahns in der Mitte.

Was von der Platz da!-Idee bleibt, bleibt abzuwarten.

von Carsten Linke

** Die „Potsdamer Spitze“ (die Kampfpostille des GK-Projektes) machte 2013 deutlich, warum gebaut werden soll: „Seit 2004 haben etwa 750 Ziegelspender den »Weil-Satz« ergänzt: »Ich bin für den Wiederaufbau der Garnisonkirche, weil ...« Die Motivation unserer Spender drückt in der Regel nicht nur eine Begründung, sondern auch eine Erwartung aus. Deshalb ist sie für uns nicht nur interessant, sondern auch verpflichtend. Bei der Auswertung ergeben sich von Jahr zu Jahr leichte Schwankungen, aber keine Änderungstendenzen, sodass die Ergebnisse erstaunlich stabil sind. An erster Stelle stehen mit knapp 40 % Gründe, die sich auf die Stadt Potsdam beziehen, nämlich die Wiederherstellung des Stadtbildes oder des Gebäudes »Garnisonkirche« und die Heilung der verletzten Identität der Stadt. Nur unwesentlich geringer ist mit 36 %

der Anteil der Spender, die sich aus geschichtlichen, kulturgeschichtlichen oder wertebezogenen Gründen für den Wiederaufbau einsetzen. Die dritte Gruppe besteht aus Spendern, die wegen ihrer eigenen Erinnerungen oder wegen familiärer Bezüge aus persönlichen Gründen das Projekt fördern. Sie ist mit 13 % zwar deutlich kleiner, aber angesichts der Zeitspanne seit der Zerstörung noch recht groß. Mit 8 % ist die kleinste Gruppe die der Unterstützer aus geistlichen Gründen – hierunter haben wir das Eintreten für Frieden und Versöhnung sowie die Beförderung des Glaubens und der Religion verstanden“